



LANDKREIS LÜNEBURG  
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Masemann, Inga Datum: 28.11.2019	<b>Bericht</b>	<b>2019/422</b>
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

### **Beratungsgegenstand:**

Radverkehrskonzept Landkreis Lüneburg, aktueller Sachstandsbericht

### **Produkt/e:**

571-000 Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

### **Beratungsfolge**

Status Datum Gremium

Ö 11.12.2019 Ausschuss für Mobilität

### **Anlage/n:**

Matrix Maßnahmensteckbriefe

Karte Radverkehrsnetz (Entwurf)

Präsentation Ausschuss Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV vom 03.09.2019

**Beschlussvorschlag:** keine Beschlussfassung

### **Sachlage:**

Im Oktober 2015 hat der Kreistag die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Lüneburg beschlossen.

Im Sommer 2017 wurde ein entsprechender Förderantrag (als sog. Klimaschutzteilkonzept Radverkehr) gestellt und bewilligt. Die Gesamtkosten für das Konzept belaufen sich auf 97.000 EUR. Das Konzept wird mit Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 70 % gefördert.

Das Büro Planungsgemeinschaft Verkehr PGV aus Hannover ist in der Folge mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt worden. Das Konzept ist bis zum Ende des Jahres 2019 fertig zu stellen.

Das Konzept untersucht die Belange des Radverkehrs im gesamten Landkreis Lüneburg und exemplarisch als Modellkommune die Gemeinde Adendorf.

Hauptaugenmerk des Gesamtkonzeptes sind hierbei die klassifizierten Straßen und welche Maßnahmen notwendig sind, um ein geschlossenes Radwegenetz für den gesamten Landkreis zu erzeugen.

Das Radverkehrskonzept für den Landkreis Lüneburg soll als „Klimaschutzteilkonzept“ u.a. seinen Beitrag zu Einsparungen von Emissionen und Einsparungen im motorisiertem Individualverkehr leisten.

Folgende Bausteine beinhaltet das Radverkehrskonzept für den Landkreis Lüneburg:

- Energie- und Treibhausbilanz
- Potentialanalyse
- Radverkehrsnetzkonzeption
- Maßnahmenprogramm
- Akteursbeteiligung
- Controlling- Konzept
- Kommunikationskonzept

Am 03.09.2019 hat Herr Hildebrandt (PGV) den aktuellen Sachstand des Konzeptes dem Ausschuss für Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV vorgestellt.

Aktuell erarbeitet das Gutachterbüro mit Unterstützung der AG Radverkehr und vieler weiterer Akteure Maßnahmvorschläge in Form von sog. Maßnahmen- Steckbriefen.

Die AG Radverkehr ist dabei das begleitende Gremium für alle Vorgänge, die mit dem Radverkehr verknüpft sind. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wurden durch den Kreistag vorgeschlagen und treffen sich regelmäßig. Im Zuge der Erstellung des Radverkehrskonzeptes hat die AG die wichtige Funktion der Steuerungsgruppe übernommen und dadurch maßgeblichen Anteil an dem Konzept. Die AG Radverkehr hat sich während der Erstellung des Radverkehrskonzeptes insgesamt sechs Mal getroffen.

Die Maßnahmvorschläge im Radverkehrskonzept unterteilen sich in folgende Bereiche

- A Modellgemeinde Adendorf
- B Regionales Radverkehrsnetz
- C Radverkehrsinfrastruktur
- D ÖPNV Verknüpfungen
- E Öffentlichkeitsarbeit und Monitoring
- F Fahrradfreundliche Schulen und Betriebe
- G Service und Organisation

Jeder Maßnahmensteckbrief enthält u.a. Angaben zur Priorisierung, den Kosten, den Schritten zur Umsetzung.

Das Gesamtkonzept soll bis Ende des Jahres fertig sein und der Abschlussbericht entsprechend vorliegen. Es wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen als Beschlussvorlage vorliegen.

Mit der Erstellung des Radverkehrskonzeptes legt der Landkreis den Grundstein für die weiteren Arbeiten zur Ausgestaltung eines fahrradfreundlichen Landkreises.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit über die Förderschiene des Radverkehrskonzeptes weitere Fördermittel der kommunalen Klimaschutzrichtlinie zu beantragen. Beispielsweise kann für drei Jahre und ein weiteres Anschlussjahr (mindestens) eine Stelle Klimaschutzmanagement zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes mit einer Förderquote von bis zu 65% beantragt werden.

Herr Hildebrandt (Planungsgemeinschaft Verkehr PGV Hannover) stellt den aktuellen Sachstand, der im Rahmen des Radverkehrskonzeptes geplanten Maßnahmen, im Ausschuss vor.